



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 28.08.2025

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
am Dienstag, 2. September 2025, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden**

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

- 1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.06.2025**

- 2. 25-A-83-0003**

Bericht der Beratungsstelle NeW Wiesbaden (Neue Wege in Wiesbaden): Arbeit mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung

- 3. Aktueller Sachstand zu offenen Beschlüssen**

3.1 23-F-63-0102

ANLAGE

Vorhandene Strom- und Glasfaser-Infrastruktur an Videoüberwachungsanlagen für den WLAN-Ausbau nutzen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE und Volt vom 11.10.2023 -
- Beschluss Nr. 4 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 04.02.2025 -

3.2 24-F-05-0003

ANLAGE

Dritten verkaufsoffenen Sonntag in Wiesbaden vorantreiben

- Antrag der FDP-Fraktion zu TOP II/1 der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 12. März 2024 -
- Beschluss Nr. 31 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 12.03.2024 -

3.3 24-F-63-0024

ANLAGE

Identifikation per Video ID stadtweit einsetzen

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE und Volt vom 12.03.2024 -
- Beschluss Nr. 7 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 04.02.2025 -

Bereich Gesundheit

4. 25-F-63-0056

Maßnahmen zur Verbesserung der wohnortnahen medizinischen Versorgung in den Ortsteilen in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen (KVH)

- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 26.08.2025 -

Wiesbaden verfügt über einen insgesamt guten Versorgungsgrad mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten. Allerdings ist die örtliche Verteilung eine strukturelle Herausforderung: Der weit überwiegende Teil aller Praxen ist in der Wiesbadener Innenstadt ansässig, was zu einer unzureichenden medizinischen Versorgung in den Ortsteilen beiträgt.

Das Gesundheitsdezernat hat dieses Thema gegenüber der KVH adressiert und Zusage zur Unterstützung erhalten. Die KVH ist bereit, an einer besseren räumlichen Verteilung der Sitze mitzuwirken und sich dafür einzusetzen, dass Ärztinnen und Ärzte in die Ortsteile gehen. Voraussetzung dafür ist, dass die LHW in einem breiten politischen Konsens diesen Kurs unterstützt und, wo nötig, attraktive Rahmenbedingungen dafür schafft.

Wir sind überzeugt, dass diese Maßnahmen dazu beitragen werden, die medizinische Versorgung in den Ortsteilen nachhaltig zu verbessern und die Lebensqualität der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung, Gesundheit wolle beschließen:

- 1) Eine Vertretung der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen soll in den WBDG eingeladen werden, um über die Versorgungssituation und Handlungsmöglichkeiten für eine bessere Verteilung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte auf die Wiesbadener Ortsteile zu berichten.
- 2) Bei diesem Gespräch soll geklärt werden, welche Maßnahmen seitens des Magistrats möglich wären, um attraktive Rahmenbedingungen für Arztpraxen in den unterversorgten Ortsteilen zu schaffen.

Das kann u.a. folgende Ansätze umfassen:

- a. Bei stadtplanerischen Entscheidungen die Bereitstellung von geeigneten Räumlichkeiten für Arztpraxen in den Ortsteilen und deren gute Erreichbarkeit mitzudenken und vorzusehen.
- b. Unterstützung für bestehende Arztpraxen bei Anpassungen oder Umzug in unterdurchschnittlich gut versorgte Ortsteile.
- c. Unterstützung bei der Raumgewinnung.
- d. Begleitung der Ansiedlung mit Informationskampagnen, um die Bürgerinnen und Bürger über die neuen medizinischen Angebote in den Ortsteilen zu informieren sowie durch Zusammenarbeit mit lokalen Medien und sozialen Einrichtungen, die neuen Praxisstandorte bekannt zu machen.

5. 24-F-72-0001

Missbrauch von Lachgas als Droge

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 26.06.2024 -
- Bericht des Dezernates IV vom 15.07.2024 -
- Auf Antrag der Volt-Fraktion vom 26.08.2025 auf die Tagesordnung genommen -
- *Der Bericht vom 15.07.2024 steht im PiWi zur Verfügung* -

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung

6. 25-F-22-0081

Auswirkungen des Wegfalls großer Veranstaltungen auf die Beschäftigungszahlen in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 27.08.2025 -

In den letzten Jahren sind bedeutende Großveranstaltungen in Wiesbaden wie der Ball des Sports und der City-Biathlon weggefallen oder wurden dauerhaft verlagert. Diese Veranstaltungen haben bislang einen wesentlichen Beitrag zur Belebung der Stadt geleistet und zahlreiche temporäre sowie indirekte Beschäftigungsmöglichkeiten in Branchen wie Gastronomie, Hotellerie, Veranstaltungstechnik und Sicherheit geschaffen.

Insbesondere betroffen sind neben den direkt involvierten Arbeitskräften auch viele freiberufliche Dienstleister und kleine Unternehmen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. ob die Landeshauptstadt Wiesbaden bereits Erhebungen durchgeführt hat, die die Auswirkungen des Wegfalls der genannten Großveranstaltungen auf die Beschäftigungssituation und die lokale Wirtschaft quantifizieren. Falls nicht, möge der Magistrat diese Erhebung vorbereiten und dem Ausschuss ein entsprechendes Konzept zur Durchführung bis zur nächsten Ausschusssitzung vorlegen. Insbesondere soll auf folgende Fragen eingegangen werden:
 - a. Wie viele Arbeitsplätze (temporär und dauerhaft) nachweislich durch den Wegfall oder die Verlagerung dieser Veranstaltungen verloren gegangen sind.
 - b. Gibt es seitens der LHW Überlegungen, die bisherigen Entscheidungen bezüglich der Verlagerung der oben genannten Veranstaltungen zu überdenken und möglicherweise rückgängig zu machen?
2. welche Maßnahmen die Landeshauptstadt Wiesbaden ergreift, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Wegfalls großer Veranstaltungen für die betroffenen Branchen und Beschäftigten abzufedern.

7. 25-F-63-0058

Ergebnisse des Programms Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren (ZIZ)

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 27.08.2025 -

Das Programm Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren läuft Ende diesen Jahres aus. Mit einem Volumen von 4,4 Mio € aus Bundesmitteln wurden und werden kreative und innovative Lösungen zur Belebung der Innenstadt gefördert. Zum Programmabschluss soll Bilanz gezogen werden, vor allem mit Blick darauf: Was hat sich bewährt, sollte wiederholt oder sogar verstetigt werden?

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

im Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit eine Bilanz zum ZIZ Programm zu ziehen und insbesondere zu berichten:

- a) Welche Projekte haben sich bewährt, woran lässt sich der Erfolg festmachen?
- b) Welche Projekte sind nicht gut gelaufen?
- c) Was empfiehlt sich für eine Fortführung und welche strategischen Schwerpunkte sollten künftig bei der Innenstadtentwicklung gesetzt werden?

8. 25-F-22-0082

Zukunft Wiesbaden on Ice

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 27.08.2025 -

Der Antragstext wird nachgereicht.

9. 25-F-15-0036

Ausbildungssituation in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 26.08.2025 -

Das neue Ausbildungsjahr beginnt am 1. September. Zu diesem Zeitpunkt dürften die neuesten Zahlen des Ausbildungsmarktes vorliegen. Interessant ist dabei, ob sich die augenblickliche schlechte wirtschaftliche Situation auf die neuesten Zahlen auswirkt.

Der Ausschuss Wirtschaft, Beschäftigung, Digitales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. ob es zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres in Wiesbaden einen Überhang von Bewerberinnen und Bewerber gegeben hat,
2. ob sich die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze in diesem Jahr im Vergleich zu den letzten Jahren erhöht oder reduziert hat,
3. ob sich die Zahl der Ausbildungsplätze in der städtischen Verwaltung bzw. in deren Gesellschaften erhöht oder reduziert hat
4. und ob dem Magistrat Erkenntnisse vorliegen, wonach zunehmend Jugendliche nach ihrem Schulabschluss direkt in eine Beschäftigung gehen; dies ohne jegliche berufliche Qualifikation, weil sie infolge der Regelung zum Mindestlohn mehr verdienen als in einer beruflichen Ausbildung?

10. 25-F-15-0037

Ausschreibungsverfahren Spielbank

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 26.08.2025 -

Die Spielbank in Wiesbaden ist eine der ältesten und traditionsreichsten Einrichtungen ihrer Art. Sie gehört zu den 5 umsatzstärksten Spielbanken in Deutschland und ist deshalb auch wirtschaftlich interessant. Sie steht aktuell unter der Kontrolle der „Spielbank Wiesbaden GmbH & Co KG“. Ende dieses Jahres läuft die Konzession aus.

Die Stadt hat im Frühjahr ein neues europaweites Ausschreibungsverfahren eingeleitet und angekündigt, im September eine Entscheidung für den neuen Betreiber zu treffen, damit der Betrieb zum 1. Januar 2026 umstandslos fortgeführt werden kann.

Angesichts dieser Terminlage ist es angebracht, dem zuständigen Ausschuss in groben Umrissen über den Sachstand des Verfahrens zu berichten, auch wenn dies mit aller Vorsicht geschehen sollte.

Der Ausschuss Wirtschaft, Beschäftigung, Digitales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. ob das Ausschreibungsverfahren in nächster Zeit auch erfolgreich abgeschlossen werden kann,
2. ob dann noch genügend Zeit für den Wechsel des Betreibers vorhanden ist und
3. ob die neue Konzession die Spielbank und die Gastronomie zusammen erfasst?

Bereich Allgemeines:

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 24-F-63-0064

Versorgungssituation von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 26.06.2024 -
- Bericht des Dezernates IV vom 22.07.2025 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

2. 24-F-63-0091

DL 19/25-1

Innovativ und vernetzt: Verwaltungsprozesse in Wiesbaden für die Herausforderungen der Zukunft optimieren

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 13.11.2024 -
- Bericht des Dezernates II vom 04.08.2025 -

3. 25-F-63-0021

Leerstandsmanagement in der Innenstadt

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 19.03.2025 -
- Bericht des Dezernates II vom 16.06.2025 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

4. 25-R-32-0002

Digitale Basisertüchtigung und Weiterbildung der Bevölkerung, insbesondere der Seniorinnen und Senioren mit individuellen Endgeräten durch städtische Organisationen und Finanzierung

- Antrag des Seniorenbeirates vom 27.01.2025 -
- Bericht des Dezernates VI vom 27.06.2025 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende